

Bündnis von lokalen Organisationen fordert ab 2025 eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen in Kiel

Kiel, den 22. Juli 2024 – Ein breites Bündnis aus verschiedenen lokalen Organisationen und Initiativen fordert die Stadt Kiel in einem gemeinsamen Positionspapier auf, ihre Pläne für eine Verpackungssteuer spätestens bis zum 1. Januar 2025 umzusetzen. Die Verpackungssteuer soll auf Einwegverpackungen von Getränken und Speisen zum Mitnehmen erhoben werden. So würde die Nutzung von Einwegverpackungen für die Konsument*innen teurer. Der Griff zu müllfreien Alternativen wie Mehrwegverpackungen oder mitgebrachten Behältnissen soll dadurch attraktiver werden. Die Initiator*innen des Positionspapiers erhoffen sich durch eine Verpackungssteuer ein Rückgang des Verpackungsmülls in Kiel. Das Positionspapier wurde von den Kieler Ortsgruppen der Umwelt- und Klimaschutzinitiativen Greenpeace, Zero Waste, Fridays for Future, Students for Future, BUND und NABU initiiert und wird von sechs weiteren Initiativen und Unternehmen aus Kiel unterstützt.

“Es zeigt sich, dass die Mehrwegangebotspflicht nicht ausreicht, die seit Anfang 2023 gilt. Der Verpackungsmüll in Deutschland steigt trotzdem weiter an. Denn leider gilt das Gesetz nur für Plastikverpackungen und gibt keine finanziellen Anreize zur Vermeidung von Einwegverpackungen. Deshalb fordern wir eine kommunale Verpackungssteuer, die die Lücken der Mehrwegangebotspflicht schließt und so Verpackungsmüll wirkungsvoll bekämpft,” sagt Moritz Jäger-Roschko von Greenpeace Kiel.

Die Umwelt- und Klimaschutzinitiativen fordern in ihrem Positionspapier, dass die Steuer alle Speisen, Getränke und Verpackungsarten umfasst und dabei ohne Ausnahmen auskommt. “Nur so kann die Verpackungssteuer ihre volle Wirkung entfalten und sich positiv auf die Umwelt und die Lebensqualität im öffentlichen Raum in Kiel auswirken”, ergänzt Jäger-Roschko.

Die Stadt Tübingen hat im Jahr 2022 eine Verpackungssteuer eingeführt. Seitdem müssen in Tübingen für Einwegverpackung, wie Kaffeebecher oder Pommesschalen 50 Cent, für Besteck oder Trinkhalme 20 Cent extra bezahlt werden. Laut Deutscher Umwelthilfe hat Tübingen bundesweit die höchste Dichte an Gastronomiebetrieben, die Mehrweg anbieten und auch die Nutzung von Mehrweggeschirr ist deutlich gestiegen.

Joana Karow von Greenpeace Kiel fügt hinzu: “Die Stadt Tübingen zeigt, dass die Verpackungssteuer funktioniert. In Tübingen ist der Müll im öffentlichen Raum deutlich zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Steuer eine Einnahmequelle für die Stadt. Wir fordern, dass die Kieler Steuerbeträge die Tübinger Beträge nicht unterschreiten. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Steuer die gewünschte Lenkungswirkung entfaltet und Anreize zum Verzicht auf Einwegverpackungen schafft.”

Die Stadt Kiel hat 2020 ein Konzept zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung veröffentlicht. Im Februar 2023 wurde Kiel offiziell die erste Zero Waste Stadt Deutschlands. Mit der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer wäre Kiel nicht allein. Eine Studie der

DUH zeigt, dass sich über 100 Städte in Deutschland für die Einführung der Verpackungssteuer interessieren. Auch haben neben Tübingen bereits vier Städte die Steuer beschlossen. Die Städte Konstanz, Heidelberg, Kleinmachnow und Freiburg werden 2025 eine Verpackungssteuer einführen.

Die Kieler Umweltdezernentin Alke Voß will das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Klage von McDonalds gegen die Verpackungssteuer abwarten. Das Bündnis drängt jedoch darauf, das Verfahren nicht weiter zu verzögern. Marie Delaperriere, Vorstandsmitglied von Zero Waste Kiel e.V., erklärt: "Wir fordern die Kieler Ratsversammlung auf, in der nächsten Ratsversammlung eine Verpackungssteuer zu beschließen, um einen Start der Steuer im neuen Jahr zu gewährleisten. Wenn Kiel Anfang 2025 eine Verpackungssteuer einführt, würde dies die Kontinuität des Kieler Engagements auf dem Weg zu Zero Waste verdeutlichen. Deshalb ermutigen wir die Ratsversammlung, für diese ehrgeizige und zielführende Maßnahme zu stimmen! Kiel muss nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts warten, sondern kann stattdessen eine Vorreiterrolle einnehmen."

Das Positionspapier ist im Anhang sowie [hier](#) zu finden.
Weitere Infos zu den Zahlen der DUH: [Interesse und Einführung Verpackungssteuer](#) und [Auswirkung Verpackungssteuer in Tübingen](#).

Für Fragen und Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Pressekontakt

Moritz Jäger-Roschko

presse@kiel.greenpeace.de

+49 151 228 339 27